

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V.
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX

1. Kapitel Einführung

A. Der Begriff des öffentlichen Dienstes	1
B. Elemente eines Wettbewerbs im öffentlichen Dienst	1
I. Allgemeines	1
II. Auswahlziel	3
III. Auswahlmaßstäbe	4
IV. Interdependenz zwischen Auswahlverfahren, Auswahlakt und gerichtlicher Kontrolldichte	6

2. Kapitel Einstellung von Laufbahnbewerbern in den Vorbereitungsdienst

A. Grundlagen	8
I. Das Beamtenverhältnis auf Widerruf als rechtlicher Rahmen	8
II. Zulassung zum Vorbereitungsdienst	8
B. Zulassung zu einem nur laufbahnrechtlich relevanten Vorbereitungsdienst	9
I. Ausschreibung	9
II. Auswahl unter den Bewerbern	9
III. Konkurrentenrechtsschutz	12
1. Vorbemerkung	12
2. Vorläufiger Rechtsschutz	12
a) Antrag des übergangenen Bewerbers auf Erlass einer Sicherungsanordnung (§ 123 Abs. 1 Satz 1 VwGO)	12
aa) Anordnungsgrund	12
bb) Anordnungsanspruch	13
b) Antrag eines Bewerbers auf Erlass einer Regelungsanordnung (§ 123 Abs. 1 Satz 2 VwGO)	15
aa) Anordnungsgrund	15
bb) Anordnungsanspruch	15
3. Vorverfahren	15
4. Klage in der Hauptsache	16

5. Beiladung	17
6. Streitwert	17
C. Zulassung zu einem Vorbereitungsdienst als Ausbildungsstätte	17
I. Ausschreibung	17
II. Auswahl unter den Bewerbern	18
III. Konkurrentenrechtsschutz	20
1. Vorläufiger Rechtsschutz	20
2. Vorverfahren und Klage in der Hauptsache	21
a) Vorverfahren	21
b) Klage in der Hauptsache	22
3. Beiladung	23
4. Streitwert	23

3. Kapitel

Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe

A. Grundlagen	24
I. Das Beamtenverhältnis auf Probe als rechtlicher Rahmen	24
II. Grundfälle	24
B. Bewerbung nach Bestehen der Laufbahnprüfung	25
I. Ausschreibung	25
II. Auswahl unter den Bewerbern	25
1. Auswahlmessen	25
2. Ernennungsanspruch	27
3. Zur Organisations- und Geschäftsleitungsgewalt als Regulativ	28
a) Einstellung von Beamten und/oder Arbeitnehmern	28
b) Einstellung von teilzeitbeschäftigten Beamten	29
c) Einstellung von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes in das Beamtenverhältnis auf Probe	30
C. Bewerbung um die Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion	30
I. Allgemeines	30
II. Ämter mit leitender Funktion	31
1. Bundesbereich	31
2. Beispiele aus den Bereichen der Länder	31
III. Rechtsstellung des Beamten während des Probebeamtenverhältnisses, dargestellt anhand der Bundesregelung	32
IV. Zur Feststellung der Bewährung bzw. Nichtbewährung	32
V. Rechtsstellung des Beamten nach dem Ende der Probezeit	33
D. Konkurrentenrechtsschutz	34
I. Vorläufiger Rechtsschutz	34
II. Vorverfahren	35
III. Klage in der Hauptsache	36
IV. Beiladung	36
V. Streitwert	36

4. Kapitel

Umwandlungen von Beamtenverhältnissen und Wettbewerb

A. Grundlagen	38
B. Grundfälle	39
I. Umwandlung eines Widerrufs- in ein Probebeamtenverhältnis nach Bestehen der Laufbahnprüfung	39
II. Umwandlung eines Probe- in ein Lebenszeitbeamtenverhältnis	40
1. Unterfall der Ableistung der Probezeit „zur späteren Verwendung auf Lebenszeit“	40
2. Unterfall der Übertragung eines Amtes „mit leitender Funktion“	42

5. Kapitel

Konkurrenzen zwischen Beamten um Dienstposten bei ihrer Beschäftigungsbehörde

A. Zur Dienstpostenvergabe und zur Dienstpostenkonkurrenz im Allgemeinen	43
B. Konkurrenzen um statusadäquate Dienstposten	48
I. Auswahlkriterien	48
II. Konkurrentenrechtsschutz	48
1. Vorläufiger Rechtsschutz	48
2. Klage in der Hauptsache	50
3. Beiladung	50
4. Streitwert	50
C. Konkurrenzen um – erprobungsg geeignete – höherwertige Dienstposten	51
I. Auswahlkriterien	51
II. Konkurrentenrechtsschutz	52
D. Konkurrenzen um Beförderungsdienstposten	52
I. Die „Vorverlagerung“ der Beförderungsauswahl	52
II. Konkurrentenrechtsschutz	53
1. Vorläufiger Rechtsschutz	53
a) Anordnungsgrund	54
b) Anordnungsanspruch	55
c) Zur sog. Konkurrentenmitteilung	56
d) Vorläufiger Rechtsschutz nach Umsetzung des erfolgreichen Mitbewerbers auf den Beförderungsdienstposten	56
e) Beiladung	56
f) Streitwert	57
2. Klage in der Hauptsache	57

6. Kapitel

Vergabe von Beförderungsmöglichkeiten bei der Beschäftigungsbehörde

A. Grundlagen	58
I. Das Bestenausleseprinzip	58
II. Die Rechtsnatur der Beförderung	58
B. Konkurrentenrechtsschutz	59
I. Vorbemerkung	59
II. Der vorläufige Rechtsschutz in Gestalt einer Sicherungsanordnung (§ 123 Abs. 1 Satz 1 VwGO)	60
1. Zum Umfang der „Stellenbesetzungsblockade“	60
2. Zur Fassung des Antrags	61
3. Zulässigkeit des Antrags	61
a) Antragsbefugnis	62
b) Rechtsschutzinteresse	63
c) Beiladung	63
4. Begründetheit des Antrags	64
a) Anordnungsgrund	64
b) Anordnungsanspruch	64
5. Rechtsbehelfe	66
a) Beschwerde	66
b) Anrufung des Bundesverfassungsgerichts	68
6. Kosten	68
7. Streitwerte	69
III. Die auf Beförderung gerichtete Regelungsanordnung (§ 123 Abs. 1 Satz 2 VwGO)	70
IV. Klagemöglichkeiten	70
1. Zulässigkeit eines Beförderung- oder eines gleichgerichteten Bescheidungsbegehrens	70
a) Klageart	71
b) Vorverfahren	72
2. Begründetheit eines Beförderung-, eines gleichgerichteten Bescheidungs- oder eines Aufhebungsbegehrens	72
3. Rechtsmittel	73
4. Kosten	74
5. Streitwerte	74

7. Kapitel

Konkurrenzen zwischen beamteten Bewerbern der Beschäftigungsbehörde und Versetzungsbewerbern

A. Zur Versetzung auf Antrag im Allgemeinen	75
B. Grundsätze	76
C. Fallgruppen und ihre rechtliche Behandlung	77
I. Konkurrenzen um statusadäquate Dienstposten	77

1. Auswahlkriterien	77
2. Konkurrentenrechtsschutz	78
a) Vorläufiger Rechtsschutz	78
b) Klagen in der Hauptsache	78
II. Konkurrenzen um Beförderungsdienstposten	79
1. Auswahlkriterien	79
2. Konkurrentenrechtsschutz	79
III. Konkurrenzen um Beförderungsämtter	79
1. Auswahlkriterien	79
2. Konkurrentenrechtsschutz	80
a) Vorläufiger Rechtsschutz	80
b) Klagen in der Hauptsache	81

8. Kapitel

Beförderungs(dienstposten)- bzw. Höhergruppierungskonkurrenzen zwischen Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes

A. Vorbemerkung	82
B. Auswahlmittel	83
C. Konkurrentenrechtsschutz	85
I. Zur Rechtswegfrage	85
II. Zum vorläufigen Rechtsschutz	86

9. Kapitel

Konkurrenzen zwischen Beamten und Bewerbern von außerhalb der öffentlichen Verwaltung

A. Grundlagen	87
B. Organisationsgrundentscheidung	87
C. Auswahlmittel	88

10. Kapitel

Aufstiegskonkurrenzen

A. Grundlagen	90
B. Der Laufbahnaufstieg im Bund	91
I. Vorbemerkung	91
II. Die Struktur des Laufbahnaufstiegs bei den Bundesbeamten	91
C. Rechtsschutzfragen	95
I. Antrag des abgelehnten Bewerbers auf Erlass einer Regelungsanordnung (§ 123 Abs. 1 Satz 2 VwGO)	95
II. Konkurrentenrechtsschutz bei Streitigkeiten über die Aufstiegszulassung	95

11. Kapitel

Konkurrenzen betr. Nebentätigkeiten

A. Konkurrenzen zwischen Beamten	98
B. Konkurrenzen zwischen Dienstherrn und Beamten	99

12. Kapitel

Konkurrenzen um die Zuweisung einer Wohnung, über die die Dienststelle verfügt

A. Vorbemerkungen	100
B. Auswahlmaßstab	100
C. Konkurrentenrechtsschutz	100
I. Rechtsnatur der Zuweisung	100
II. Rechtswege und Klagearten, vorläufiger Rechtsschutz	101

13. Kapitel

Begründung des Wehrdienstverhältnisses eines Berufssoldaten oder eines Soldaten auf Zeit

A. Grundlagen	102
I. Wehrdienstverhältnis	102
II. Begründung des Wehrdienstverhältnisses eines Berufssoldaten (§ 39 SG)	103
III. Begründung des Wehrdienstverhältnisses eines Soldaten auf Zeit (§ 40 SG)	104
B. Rechtsschutz, insbesondere auch bei Konkurrenzen	105
I. Rechtsweg und örtliche Zuständigkeit	105
II. Beschwerdeverfahren	105
III. Klagearten und vorläufiger Rechtsschutz	106
IV. Beiladung und Kostenerstattung	108
V. Rechtsmittel	108
VI. Streitwert	108

14. Kapitel

Konkurrenzen hinsichtlich der Verwendung von Soldaten

A. Zum Begriff der „Verwendung“	109
B. Verwendung und Bestenauslese	109
C. Zum vorläufigen Rechtsschutz	112
D. Exkurs zu zwei Sonderfällen von Verwendungen	113
I. Konkurrenz bei der Verwendung von Soldaten im Bundesnachrichtendienst	113
II. Konkurrenz zwischen einem Soldaten und einem zivilen Seiteneinsteiger	113

15. Kapitel

Beförderungskonkurrenzen im Soldatenrecht

A.	Grundsätzliches	115
B.	Rechtsprechungübersicht	117
	I. Zur Nichterfüllung eines konstitutiven Anforderungsprofils	117
	II. Zu Eignungsmängeln	117
	III. Zur Gelöbnisverweigerung	118
	IV. Zu Auswirkungen von Dienstvergehen und Ermittlungen auf die Förderung ...	119
	V. Zur Beförderung freigestellter Personalvertretungsmitglieder	119
	VI. Zu Mindestdienstzeiten	120

16. Kapitel

Aufstiegskonkurrenzen und Wettbewerbe um horizontale Laufbahnwechsel im Soldatenrecht

A.	Aufstiegskonkurrenzen	121
	I. Grundlagen	121
	II. Bestenauslese	121
B.	Wettbewerbe um horizontale Laufbahnwechsel	122
C.	Rechtsschutzfragen	123
	I. Rechtsweg	123
	II. Hauptsacheverfahren	123
	III. Vorläufiger Rechtsschutz	124
	1. Laufbahnaufstiegskonkurrenzen	124
	2. Laufbahnwechselkonkurrenzen	124

17. Kapitel

Konkurrenzen um richterliche Eingangssämer

A.	Vorbemerkungen zur Bindung der Richterwahlausschüsse an die verfassungsrechtlichen Auswahlmaßstäbe	125
B.	Begründung des Proberichterverhältnisses	125
	I. Das Richterverhältnis auf Probe als rechtlicher Rahmen	125
	II. Bewerbung um Einstellung in das Richterverhältnis auf Probe	126
	1. Ausschreibung und Anforderungsprofil	126
	2. Soziale Kompetenz	126
	III. Auswahl unter den Bewerbern	127
	1. Zum Bestenausleseprinzip	128
	2. Zum Gleichbehandlungsgrundsatz	128
	IV. Konkurrentenrechtsschutz	129
C.	Ernennung zum Richter auf Lebenszeit	129
D.	Bewerbungen von Richtern und/oder Staatsanwälten auf Lebenszeit um richterliche Eingangssämer	131

18. Kapitel

Konkurrenzen um die Zuweisung richterlicher Aufgaben bei dem Beschäftigungsgericht

A. Vorbemerkung	132
B. Rechtsstellung und Aufgaben des Präsidiums	132
C. Rechtsschutzmöglichkeiten betroffener Richter	133
I. Rechtsweg	133
II. Klageart	133
III. Vorläufiger Rechtsschutz	134
IV. Zur Begründetheit einer Klage und zu einem etwaigen Anordnungsanspruch	134

19. Kapitel

Interessenbekundungs- und Auswahlverfahren bei der Erprobung von Richtern und Staatsanwälten

A. Grundlagen	135
B. Erprobungsmodelle	136
I. Brandenburg	136
II. Nordrhein-Westfalen	136
III. Niedersachsen	138
C. Erprobungs- und Ersatzerprobungsbeurteilungen	140
I. Erprobungsbeurteilung und erstrebtes Richteramt	140
II. Ersatzerprobungsbeurteilungen bzw. -zeugnisse und erstrebtes Richteramt	142

20. Kapitel

Konkurrenzen um richterliche Beförderungsämtler

A. Vorbemerkung	145
B. Richterliche Beförderungsbewerber bei Identität des Geschäftsbereichs	145
C. Richterliche Beförderungsbewerber aus verschiedenen Geschäftsbereichen	146
D. Zusammentreffen von richterlichen Versetzungs- und Beförderungsbewerbern	147
E. Konkurrentenrechtsschutz	149
I. Vorbemerkung	149
II. Zur Inzidentüberprüfung von Richterbeurteilungen	149

21. Kapitel

Konkurrenzen zwischen Richtern und Beamten um ein weiteres richterliches Beförderungsamts

A. Vorbemerkungen	152
B. Zur (vergleichenden) Eignungsbewertung des Beamten	152
I. Grundsätze	152
II. Ergänzungen anhand der Rechtsprechung	154

Anhänge

Anhang 1 Stellenausschreibung und Anforderungsprofil	156
A. Normative Vorgaben	156
I. Bundesrecht: Bundesbeamtengesetz, Bundeslaufbahnverordnung, Bundesgleichstellungsgesetz, Bundespersonalvertretungsgesetz	156
1. Texte	156
2. Erläuterungen	157
II. Beispiele aus dem Landesrecht	159
1. Texte	159
2. Erläuterungen	160
B. Verwaltungspraxis (Verwaltungsvorschriften und -übung)	161
I. Verzicht auf Ausschreibung	161
II. Regelwerke der Dienststelle für das Absehen von einer Stellenausschreibung	162
III. Ausschreibungsfrist	162
IV. Ausschreibungsinhalt	162
1. Stellenbeschreibung	162
2. Anforderungsprofil	163
C. Fehlerquellen	166
I. Verletzung einer Ausschreibungspflicht	167
II. Fristversäumnis	169
III. Unstatthafte Neuausschreibung	170
IV. Nichtbeachtung des verlautbarten Anforderungsprofils	173
Anhang 2 Auswahlmittel und Auswahlverfahren	175
A. Dienstliche Beurteilungen als primäre Erkenntnismittel	175
I. Die normativen und administrativen Grundlagen des Beurteilungswesens	175
1. Normative Vorgaben des Beurteilungsrechts der Bundesbeamten	175
2. Normative Vorgaben des Soldatenbeurteilungsrechts	176
3. Normative Vorgaben des Landesrechts	178
a) Beamtenbeurteilungen	178
aa) Gegenstand der dienstlichen Beurteilung	178

bb) Regelbeurteilungen	179
cc) Bedarfsbeurteilungen (Anlassbeurteilungen)	180
dd) Beurteilungsinhalt	181
ee) Zuständigkeit	183
ff) Bekanntgabe und Besprechung der dienstlichen Beurteilung	184
b) Richterbeurteilungen	185
aa) Gegenstand der Richterbeurteilung	185
bb) Regelbeurteilungen	186
cc) Bedarfsbeurteilungen (Anlassbeurteilungen)	187
dd) Beurteilungsinhalt	187
ee) Zuständigkeit	188
ff) Bekanntgabe und Besprechung der Richterbeurteilung	189
4. Administrative Vorgaben des Beamtenbeurteilungsrechts des Bundes und der Länder	189
5. Administrative Vorgaben des Soldatenbeurteilungsrechts	190
6. Administrative Vorgaben des Richterbeurteilungsrechts der Länder	190
II. Zur Aktualität dienstlicher Beurteilungen	191
III. Ausschöpfung des Beurteilungsmaterials	194
1. Zur ersten Station: Vergleich der aktuellen Beurteilungen der Bewerber	195
a) Vergleich der Gesamturteile (zu 1)	195
aa) Vergleich der Leistungsgesamturteile (zu 1.1)	196
bb) Vergleich etwaiger Eignungsgesamturteile (zu 1.2)	200
(1) Beamtenbeurteilungen	200
(2) Richterbeurteilungen	201
b) Vergleichende Ausschärfung der Beurteilungen anhand der Einzelbewertungen (zu 2)	202
aa) angesichts eines Gleichstandes der Leistungsgesamturteile (zu 2.1)	202
bb) angesichts eines Gleichstandes etwaiger Eignungsgesamturteile (zu 2.2)	203
cc) angesichts eines spezifischen Anforderungsprofils (zu 2.3)	204
c) (Zwischen-)Ergebnis (zu 3)	204
2. Zur zweiten Stufe	205
a) Relevanz früherer Beurteilungen (zu 1)	205
aa) Beamten- und Soldatenbeurteilungen	205
bb) Richterbeurteilungen	207
b) Vergleich der Gesamturteile (zu 2)	207
c) Vergleichende Ausschärfung der Beurteilungen anhand der Einzelbewertungen (zu 3)	208
d) (Zwischen-)Ergebnis (zu 4)	209
IV. Fehlerquellen	210
1. Vorbemerkung zur Überprüfung der dienstlichen Beurteilung des ausgewählten Bewerbers	210
2. Allgemeines zur Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Überprüfung dienstlicher Beurteilungen	211

3. Verfahrensmängel	212
a) Zuständigkeitsmängel	212
b) Voreingenommenheit eines Beurteilers	213
c) Voreingenommenheit eines Zuarbeiters	215
d) Beratungsmängel	216
e) Anhörungs-, Bekanntgabe- und Besprechungsmängel	217
4. Verstoß gegen Beurteilungsrichtlinien und -standards	218
5. Ableitungsmängel	219
B. Auswahlgespräche und Assessment Center als sekundäre Erkenntnisquellen	221
I. Vorbemerkungen	221
II. Normative Grundlagen	222
1. Bayern	222
2. Berlin	224
3. Bremen	224
III. Grundregeln für die inhaltliche Ausgestaltung und die Dokumentation von Auswahlgesprächen	224
1. Äußerer und zeitlicher Rahmen	224
2. Fragen und Anforderungsprofil	224
3. Strukturierung	225
4. Dokumentation	225
IV. Fehlerquellen	226
1. Vorbehalte gegenüber der Zusammensetzung der Auswahlkommission	226
2. Gelegenheit des Bewerbers zu hinlänglicher Präsentation	227
3. Bedenken hinsichtlich der Meinungsbildung innerhalb der Kommission	230
V. Assessment Center bei Konkurrenzen	230
1. Vorbemerkungen zu den verschiedenen Formen der Nutzung ...	230
2. Charakteristik des Assessment Centers in Abgrenzung zur dienstlichen Beurteilung	231
a) Zeitfaktor	231
b) Anforderungsdimension	231
c) Allgemeiner Hinweis	231
3. Kurzer Überblick über die DIN-Norm 33430 zur Eignungsdiagnostik	231
4. Kurzer Überblick über die Standards der Assessment Center-Technik	232
C. Hilfskriterien	234
I. Allgemeines	234
II. Zu den einzelnen Hilfskriterien	234
Anhang 3 Auswahlentscheidungen und deren „rechtsverbindliche Umsetzung“	241
A. Zur Terminologie	241
B. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 4.10.2010 – 2 C 16.09 –	242
I. Zur Geschichte	242

II. Der wesentliche Inhalt des Urteils	243
1. Rechtsnatur der Auswahlentscheidung	243
2. Rechtsnatur der Ernennung	245
3. Zuständigkeiten für Auswahlentscheidungen und Ernennungen bei Laufbahnbeamten	246
4. Zuständigkeiten für Auswahlentscheidungen und Ernennungen bei Soldaten	250
Anhang 4 Wahlakte	251
A. Zur Wahl nichtrichterlicher Amtsträger	251
I. Kommunale Spitzenbeamte	251
II. Zur Wahl in anderen Fällen	252
B. Zur Richterwahl	253
I. Richterwahlausschüsse	253
II. Wahl der Bundesverfassungsrichter	253
III. Wahl der Richter an den obersten Gerichtshöfen des Bundes	254
IV. Richterwahl in den Ländern	256
Anhang 5 Begründung und Dokumentation von Auswahlakten	259
A. Vorbemerkung zum Sprachgebrauch	259
B. Zweck der Begründung und Dokumentation	259
C. Dokumentationsträger und -elemente	262
I. Nähere Bestimmung des Kreises der für die Auswahl in Betracht zu ziehenden Bewerber	262
II. Besetzungsberichte (statusamtsbezogene Beförderungsberichte)	262
III. Besetzungsstatements	263
D. Dokumentationspflicht bei Wahlakten	265
I. Richterwahl	265
II. Wahlakte im Kommunalrecht	267
III. Sonstige Wahlakte	268
Anhang 6 Mitteilung der Auswahlentscheidung und Wartefrist	269
A. Mitteilung	269
I. Rechtsnatur	269
II. Adressatenkreis der Mitteilung	269
III. Notwendiger Inhalt der Negativmitteilung	271
IV. Zeitpunkt der Mitteilung	272
V. Zugang der Mitteilung	273
VI. Rechtsfolgen der Mitteilung	273
1. Positivmitteilung	273
2. Negativmitteilung	274
B. Zuwarten mit der Aushändigung einer Ernennungsurkunde	275

Anhang 7 Beteiligungen	281
A. Allgemeine Vorbemerkung	281
B. Beteiligung von Personalräten	281
I. Bundespersonalvertretungsrecht	281
II. Landespersonalvertretungsrecht	284
C. Anhörung von Vertrauenspersonen im Soldatenrecht	285
D. Präsidialratsbeteiligung	287
I. Deutsches Richtergesetz	287
II. Landesrichtergesetze	288
E. Beteiligung von Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragten	289
F. Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	290
G. Fehlerquellen	291
I. Nichtbeachtung oder Vernachlässigung eines Beteiligungserfordernisses	291
II. Unrichtige oder unvollständige Sachverhaltsannahmen	293
III. Verwertung belastender Behauptungen oder Bewertungen ohne vorherige Stellungnahme des betroffenen Bewerbers	294
Anhang 8 Schadensersatz wegen unterbliebener oder verspäteter Einstellung oder Beförderung	295
A. Allgemeines	295
B. Verwaltungsgerichtliche Schadensersatzklage	296
I. Vorbemerkung	296
II. Zulässigkeitsstation	297
1. Antragstellung („Konkretisierung“ des Begehrens)	297
2. Vorverfahren	298
3. Klageart	298
III. Begründetheitsstation	300
1. Pflichtverletzung	301
a) Grundsätzliches (zu 1)	301
b) Sonderfall: Rechtswidriger Abbruch eines Stellenbesetzungsverfahrens (zu 1a)	301
2. Verschulden (zu 2)	302
a) Grundsätzliches	302
b) Kollegialgerichtsregel	303
c) Beispiele für Ausnahmen von der Kollegialgerichtsregel	303
(aa) Stichwort: Handeln einer obersten Dienstbehörde	303
(bb) Stichwort: Unzureichende Ermittlung und Würdigung des maßgeblichen Sachverhalts	304
3. Kausalitätsnachweis	304
a) Grundsätzliches (zu 3)	304
b) Sonderfall: Rechtswidriger Abbruch eines Stellenbesetzungsverfahrens (zu 3 a)	307

4. Rechtsfolgen (zu 4)	307
5. Nichtgebrauch von Rechtsmitteln (zu 5)	307
6. Verwirkung des Anspruchs (zu 6)	310
7. Verjährung (zu 7)	312
C. Amtshaftungsklage	312
I. Zulässigkeitsstation	312
1. Rechtsweg	312
2. Klageart	313
II. Begründetheitsstation	313
D. Beweislast	314
Stichwortverzeichnis	315